

Unter anderem in dieser Ausgabe:

WAS LANGE WÄHRT: WIRD NICHT IMMER GUT s. 2

WAS NEUES: GIBT'S VOM WESTEN NICHT s. 3

WAS TUN: DEBATTENBEITRAG ZUM UMGANG MIT PEGIDA s. 5

WAS GESUCHT WIRD: BETRIEBSBIOGRAPHIEN s. 6

Veranstaltungstipp

Abendland & Tellerrand

Diskussion zur *GIDA-Bewegung mit Horst Kahrs (RLS) und Robert Feustel (Politikwissenschaftler).
Siehe letzte Seite

Di. 31.03. - 19 Uhr - Werk II Halle D

Mitteilungsblatt

Ausgabe 03/2015 Zeitung der Partei DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Neben dem Investitionsstau von fast 120 Milliarden Euro kommen auf die Kommunen immer neue Aufgaben zu – die für sie immer schwerer zu bewältigen sind. Die vom Bund jetzt geplanten Programme werden das nicht ausreichend auffangen.

Bild: Matt Shalvatis | via Flickr | CC BY-NC-SA 2.0

Kommunen - Von Sonntagsreden zum Handeln!

Susanna Karawanskij Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie und vielen Menschen näher als die Länder oder der Bund. Doch durch die politischen Entscheidungen der anderen Ebenen stehen gerade sie vor existenziellen Problemen

Kommunalpolitik ist – so heißt es häufig – die Keimzelle jeder Demokratie: hier werden Entscheidungen erlebbar, die Hürden zur Beteiligung sind am geringsten. Parteiübergreifend wird das unverzichtbare, meist ehrenamtliche Engagement der Menschen, die sich kommunalpolitisch einsetzen, gelobt und auch gewürdigt. Darum ist es prinzipiell ja durchaus zu begrüßen, wenn wichtige gesellschaftliche Aufgaben in den Händen der Kommunen liegen und auch manch neue Kompetenzen auf die Kommunen übertragen werden.

Doch eine beachtliche Diskrepanz offenbart sich, wenn man auf die politischen Ebenen jenseits der Kommunen blickt. Allzu oft wurden in der Vergangenheit nicht nur die Aufgaben, sondern zugleich die damit verbundenen Kosten ruckzuck auf die Kommunen abgeladen, gerade im sozialen Bereich.

Die Lage in den Kommunen ist so dann auch vielerorts desaströs: Kommunale Infrastruktur verrottet, die Schuldenbremse hängt wie ein Damoklesschwert über allen Entscheidungen und Kassenkredite sind

auf Rekordhöhe. Bundesweit häufen sich alarmierende Meldungen über Kommunen, die ihre Aufgaben kaum mehr erfüllen können – während zum ohnehin gigantischen Investitionsstau von 118 Milliarden Euro zunehmend neue Herausforderungen treten, wie die Unterbringung von Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung und Hunger sind.

Die Unterbringung von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der Konsequenz hier in Sachsen vor allem von den Kommunen geschultert wird. Über die katastrophale Politik der sächsischen Landesregierung mussten wir alle schon viel lesen: teilweise über Nacht werden Geflüchtete in die Kommunen gebracht, zum Teil ohne dass geeignete Unterkünfte überhaupt bereitstehen würden. Die Ankündigungen des Innenministers Ulbig, künftig besser mit den Kommunen zu kommunizieren, um deren Leistungsfähigkeit nicht noch weiter als ohnehin zu strapazieren, blieben ergebnislos. Aus dem Sachzwang und der Sorge vor der Handlungsunfähigkeit müssen Kommunen in ihrer Not zum

Teil desaströse Entscheidungen zur Unterbringung der Geflüchteten treffen. Der politische Kampf für die Verbesserung der Unterbringungssituation – durch dezentrale Unterbringung in Unterkünften für nicht mehr als 50 Personen, durch einen möglichst niedrigen Betreuungsschlüssel – wird durch diesen Zugzwang vielerorts zur Farce.

In einer so angespannten Situation für die Städte und Gemeinden ist solch eine Politik Wasser auf die Mühlen all derer, die rassistische Hetze verbreiten oder um es ganz deutlich zu sagen, Menschenfeinde sind. Ganz unabhängig von der jeweils realen Lage breitet sich in dieser Situation eine Atmosphäre der Missgunst und des Hasses aus. Die Leidtragenden dieser katastrophalen Situation sind zu allererst die Geflüchteten.

Die Koalitionäre der Bundesregierung haben bisher viel vollmundig versprochen, aber nur wenig konkretes in die Wege geleitet: so ließ sich Sigmar Gabriel gerne zitieren zunächst mit der Forderung nach einer Milliarde Euro Unterstützung für diese

Fortsetzung von Seite 1

Aufgaben, dann gar damit, der Bund würde den Kommunen die Ausgaben für neue Flüchtlingsunterkünfte komplett erstatten – konkret geschehen ist bisher nichts. Es gab keinen Gesetzesentwurf und keine konkrete Strategie für diese finanzielle Entlastung der Kommunen.

Der Handlungsbedarf geht weit über das Verschieben einzelner Haushaltsposten hinaus. Die große Not der Kommunen kam nicht über Nacht, sondern hat strukturelle Ursachen durch die immer größere Aufgabenlast der letzten Jahre, die sich auf der Ausgabenseite niederschlägt. Aber auch die fehlenden Einnahmen sind mitverantwortlich für die jetzige Situation. Für die Kommunen beliefen sich die Steuerausfälle aufgrund von Steuerrechtsänderungen der Bundesregierungen seit 1998 im Zeitraum von 2000 bis 2011 auf rund 17,16 Milliarden Euro. Allein im Zeitraum von November 2008 bis Sommer 2009 wurden zehn Gesetzesvorhaben zur Steuerentlastung verabschiedet, die bis 2013 zu Einnahmeausfällen im Umfang von rund 19 Milliarden Euro bei den Kommunen führten.

Gleichzeitig versäumt die Bundespolitik

seit Jahren, die kommunale Einnahmeseite zu stärken – etwa durch die Weiterentwicklung der Gewerbe- zu einer Gemeindegewerbesteuer, wie DIE LINKE seit Jahren fordert. Natürlich wäre das noch kein Allheilmittel: Insgesamt brauchen wir eine grundlegende Gemeindefinanzreform zusammen mit einem neuen solidarischen Länderfinanzausgleich.

Vor diesem Hintergrund ist der nun jüngst von Finanzminister Schäuble angekündigte Investitionsfonds zu bewerten. Angekündigt sind 1,5 Mrd Euro zusätzlich für die Kommunen sowie ein Investitionssondervermögen über 3,5 Milliarden Euro für besonders strukturschwache Kommunen. Dieses Geld ist ein erster und wichtiger Schritt – doch muss er sich messen lassen an dem viel grundsätzlicheren Handlungsbedarf. Selbst diese Milliarden sind für sich genommen nicht mehr, als der klassische „Tropfen auf dem heißen Stein“.

Ein bisschen Vulkanier sollten wir alle sein

Mario Wenzel Ein Nachruf

Am 27. Februar ist der Spock-Darsteller („Star Trek“) Leonard Nimoy an den Folgen einer Lungenerkrankung im Alter von 83 Jahren gestorben. Es ist zu erwähnen, dass Nimoy sich seiner Zeit für die Gleichbezahlung seiner schwarzen Kollegin Nichelle Nichols (Uhura) eingesetzt hat und mit seiner Nacktfotografie von schwergewichtigen Frauen (Full Body Project) versucht hat, die Hollywood-Schönheitsideale auf den Boden der Tatsachen zu bringen.



Bild: Gage Skidmore | Wikimedia | CC BY-SA 2.0

Nicht zuletzt ist die Philosophie der Vulkanier „Infinite Diversity in Infinite Combinations“ (zu Deutsch „Unendliche Mannigfaltigkeit in unendlicher Kombination“). Eine Philosophie die Nimoy sowohl in seiner Rolle als Spock, als auch als Feminist ausfüllte und die wir als inklusorische Linke in uns tragen.

Nicht zuletzt ist die Philosophie der Vulkanier „Infinite Diversity in Infinite Combinations“ (zu Deutsch „Unendliche Mannigfaltigkeit in unendlicher Kombination“). Eine Philosophie die Nimoy sowohl in seiner Rolle als Spock, als auch als Feminist ausfüllte und die wir als inklusorische Linke in uns tragen.

Was lange währt, wird nicht immer gut

Margitta Hollick Vergütung in der Tagespflege – Verwaltungsgericht Leipzig: Stadt muss „erheblich“ bei der Förderleistung zulegen



Bild: Poppendeiner Blog | CC BY-NC-SA 2.0

Seit Juni 2014 hat die Stadt Leipzig es vom Verwaltungsgericht Leipzig schriftlich: Die Vergütung der Förderleistungen in der Tagespflege muss „erheblich“ erhöht werden. Mit der Vorlage im Februar 2015 setzt die Verwaltung dieses Gerichtsurteil aber nur zur Hälfte um. Die Förderleistungen werden tatsächlich um 75 % erhöht. Das ist richtig, aber gleichzeitig werden die Sachkosten um 67 % gekürzt, und das hat das Verwaltungsgericht nicht gefordert.

Die Sachkosten wurden im Gerichtsurteil auch nicht als zu hoch eingeschätzt. Effektiv haben die Tagesmütter und Tagesväter eine Erhöhung um 8 % ihrer Leistungen. Ist das ein erheblicher Schritt, wenn man

weiß, dass die Kosten für einen Krippenplatz nur die reichliche Hälfte im Vergleich zu einem Platz in der Kita betragen? Die Eltern, die einen Platz bei Tagespflegepersonen haben, zahlen aber den gleichen Betrag wie in der Kita. Jeder weiß um die Bedeutung der frühkindlichen Erziehung. Sie findet bei uns in der Kindertagesstätte und in der Tagespflege statt. Die Tagesmütter und Tagesväter haben das Recht auf eine faire Vergütung. Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Die LINKE haben gemeinsam einen Änderungsantrag vorbereitet. Dieser Änderungsantrag beinhaltet auch eine Kürzung der Sachkosten, allerdings nur um ein Drittel. Tagesmütter bzw. Tagesväter haben in der Regel 9-Stunden-Verträge und betreuen 5 Kinder. Auch sie orientieren sich an dem Sächsischen Bildungs- und Erziehungsplan und sind bemüht ihn in guter Qualität umzusetzen. Dazu bedarf es Beschäftigungsmaterial und einer bestimmten Ausstattung. Die

Verwaltung ist sich bewusst, dass sie hier unterfinanziert, denn mit den bereitgestellten Mitteln, ist das nicht umzusetzen. 2015 wird die Stadt Leipzig ihre Kapazitäten in den Kitas erweitern. 28 Einrichtungen werden neu gebaut oder erweitert.

Das wissen die Tagespflegepersonen, und sie tragen das unternehmerische Risiko für ihre angemieteten Räume in Wohnungen allein.

585 Kindertagespflegepersonen betreuen 2673 Kinder im Alter bis 3 Jahre. Das betrifft fast jedes vierte Kind in diesem Alter in unserer Stadt, und die Tagesmütter und Tagesväter haben das Recht für ihre Leistungen angemessen bezahlt zu werden, damit sie ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien mit sichern können. Als Selbstständige müssen sie für ihre Kranken- und Altersversicherung sorgen. Auch da sind noch Fragen offen, die geklärt werden müssen, aber jetzt sollte zunächst ein deutlicher Schritt nach vorn erfolgen.

Vom Westen nichts Neues

Dr. Volker Külöw Europa 2015: rund 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges spitzen sich die internationalen Konflikte und sozialen Widersprüche weiter gefährlich zu

Schaut man nach Osten, sieht man an auf einen Bürgerkrieg in der Ukraine, der bislang nach UN-Angaben mehr als 6.000 Menschen das Leben kostete. Weiterhin agiert die Bundesregierung – das Minsker Abkommen kann das nicht verdecken – im Bündnis mit faschistischen Kräften aggressiv gegen Moskau. Auch und gerade, obwohl die US-amerikanischen Verbündeten noch nicht von der deutschen Strategie überzeugt sind, Russland „nur“ schrittweise zu zermürben. Immerhin werden in Berlin zunehmend Warnungen vor einem Totkollaps der Ukraine und Forderungen nach einer Aufnahme des Landes in die EU, eventuell auch in die NATO laut. In die anti-russische Einheitsfront ist inzwischen auch das Baltikum fest eingebettet, wo neuerdings US-Truppen bei Manövern provokativ bis in Sichtweite an Russlands nordwestliche Grenze aufmarschieren, um den Druck auf Moskau zu erhöhen.

In Europas Süden ist das Mittelmeer mittlerweile ein Massengrab für die Flüchtlinge aus dem globalen Süden geworden, die sich auf unserem Kontinent ein Leben ohne Krieg, Armut und Verfolgung erhofften. Dabei sind Teile Europas selbst zur „Dritten Welt“ geworden, wenn man Griechenland betrachtet. Hier wurde ein Großteil der Bevölkerung durch die brutale Austeritätspolitik der Troika an den Rand des Abgrunds gedrängt. Noch ist offen, ob sich Wahlsieger Syriza wirklich gegen die Zwänge der nunmehr für vier Monate verlängerten „Hilfsprogramme“ durchsetzen kann. Im Westen des Kontinents – Stichwort Frankreich – ist die innenpolitische Situation nach dem Attentat auf „Charlie Hebdo“ auf eine gewisse Weise nicht weniger dramatisch. Der rechtsextremistische Front National unter Marine Le Pen gewinnt weiter an Zulauf, machtpolitisch ist die krisengeschüttelte „Grande Nation“ nur noch ein Schatten ihrer selbst, die viel beschworene deutsch-französische Achse läuft sehr unruhig.

Angesichts des ungebrochenen deutschen Dominanzstrebens steuert die EU auf eine Zerreißprobe zu, da die Staaten ökonomisch, politisch und sozial immer weiter auseinanderdriften. Doch anstatt mit

wirksamen Maßnahmen gegenzusteuern, wird von Brüssel aus die Expansion der Finanzmärkte weiter befördert. Inzwischen haben die Zentralbanken faktisch die Rolle einer Vierten Gewalt übernommen, mit deren Hilfe ein Verteilungsprogramm verfestigt wird, das die Profitinteressen der Banken, Finanzinstitute, Investmentgesellschaften, Gläubigerkartelle und großen Kapitalvermögen strukturell und dauerhaft privilegiert. Der renommierte Kulturwissenschaftler und Philosoph Joseph Vogl spricht in diesem Zusammenhang von einem „Klassenkampf“ des Finanzpublikums gegen „den Rest der Bevölkerung“.

In der Bundesrepublik Deutschland re(a)giert die Große Koalition mit ihrem Burgfrieden zwischen CDU und SPD trotz dieser katastrophalen Entwicklung ungerührt weiter wie bisher: minimalen Korrekturen an der Agenda 2010 steht die Fortsetzung einer aggressiven Waren- und Kapitalexportstrategie gegenüber, die über Handelsabkommen à la CETA, TTIP oder TISA abgesichert werden sollen. Das führte dazu, dass nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die Armut mit 12,5 Millionen Betroffenen in den letzten 20 Jahren noch nie so hoch war wie heute. Besonders verheerend ist die Armut bei zwei Risikogruppen: Kindern und Rentnern. Auf der anderen Seite nimmt die Reichtumskonzentration in unserem Land parasitäre Dimensionen an. Mehr als 19.000 Multimillionäre – das sind 0,02 Prozent der Bevölkerung – kontrollieren 22,6 Prozent des gesamten Vermögens und ihr Reichtum nimmt jährlich um 8-10 Prozent zu.

Diese erschreckenden Entwicklungstendenzen erfordern eine aktive sozialistische Partei dringender denn je. Eine LINKE, die für Alternativen steht, für eine bessere Zukunft, wie es im ersten Satz der Präambel des Erfurter Programms von 2011 richtigerweise heißt. Der Leipziger Stadtverband wird dazu weiterhin seinen Beitrag leisten.



Foto: Gerd Eitzner

Katja Kipping in Leipzig-Grünau

Mariane Küng-Vildebrandt Bericht von der Veranstaltung „10 Jahre Hartz IV sind genug! Mindestsicherung und Grundeinkommen - Alternativen sind möglich!“ in Grünau

Die Völkerfreundschaft in der Stuttgarter Allee in Leipzig-Grünau war am 27. Februar 2015 gut besucht als Katja Kipping, Bundesparteivorsitzende DIE LINKE. und Bundestagsabgeordnete, zusammen mit Cornelia Falken, stellvertretende Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen und Landtagsabgeordnete, eine Bestandsaufnahme über zehn Jahren Harz IV vornahmen.

Seit seiner Einführung am 1. Januar 2005 durch die SPD und Grünen mit Unterstützung von CDU/CSU und FDP ist die Teilhabe für Betroffene am normalen Leben fast unmöglich. Über sechs Millionen Menschen, davon etwa 1,7 Millionen Kinder und Jugendliche, leiden seither unter den verheerenden Auswirkungen.

Das „Gesetz über die Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (Harz IV) öffnete Tür und Tor für den Niedriglohnsektor. Durch die unwürdigen Zumutbarkeitsregeln für Arbeitssuchende können Arbeitslose gezwungen werden zu Armutslöhnen zu arbeiten. Ein Drittel des Bundesetats für Hartz IV-Leistungen, werden inzwischen für staatliche Transferzahlungen (Aufstockungsleistungen) ausgegeben. Der seit 1. Januar 2015 eingeführte gesetzliche Mindestlohn gilt für Harz IV EmpfängerInnen (Langzeitarbeitslose) nicht und das Lohndumping auf Kosten der Arbeitssuchenden geht weiter! Frank Schäfer vom Leipziger Erwerbslosenzentrum e.V. bestätigte, dass es nur in seltenen Fällen gelingt aus der Armutsfalle rauszukommen. Die Wirkung von Arbeitslosigkeit auf die Menschen wird dramatisch unterschätzt. Durch den Abend führte Sören Pellmann, Stadtrat in Grünau.



Bild: Ingrid eulertan | via Flickr | CC BY-NC-SA 2.0

Nun sag, wie hast du's mit der Religion?

Nadja Guld Bericht über die Auftaktveranstaltung („Kick Off“) zur einer Veranstaltungsreihe zum Thema Religion

Am Samstag, dem 28. Februar 2015, fand in den Räumen der GfZK Leipzig ein Kick Off (also eine Auftaktveranstaltung) zum Thema Religion, Religionskritik und Religionspolitik des Roten Baum e.V. unter Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen statt. Aber warum ist das Thema Religion gerade so aktuell?

Bei unseren Interventionen als linke AktivistInnen sind wir mit Widersprüchen konfrontiert, die keine einfachen Antworten zulassen. In Sachsen und der Region Leipzig waren wir in diesem Jahr mit einer Auseinandersetzung um den Neubau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde und rechts-bürgerlichen, nationalistischen Proteste dagegen konfrontiert - was einer (radikalen) Linken viel abgefordert hat. Denn innerhalb kürzester Zeit ging es darum, im Leipziger Norden eine effektive Gegenmobilisierung zum rassistischen „Feindbild Islam“ auf die Beine zu stellen. Andererseits wurde in Leipzig die Errichtung einer Katholischen Kirche an markantester Stelle - unmittelbar gegenüber dem Leipziger Rathaus - ermöglicht und der Katholikentag von der Stadt Leipzig mit einer Million Euro bezuschusst. In den „sächsischen Bergen“ finden „Märsche für das Leben“ statt und AfD, Pegida & Co. greifen homophobe und frauenfeindliche „christliche“ Familienwerte auf. Auch die Debatten über Laizismus, Säkularismus und Religionsfreiheit sind aktuell. Die Fragen, die sich auch beim Kick Off gestellt haben, waren unter anderem: Ist Religionskritik Gesellschaftskritik? Was kann eine linke emanzipatorische Religionskritik ausmachen? Ist mit dem erstarkenden Rückgriff auf vermeintliche christ-

lich-jüdische Tradition Ausdruck einer widerlegten Säkularisierungsthese? Und welchen Begriff von Religion und Religiosität legen wir eigentlich an?

Das Zurückweisen der rassistischen Mobilisierung macht für die radikale Linke zudem die Schwierigkeit der kommunikativen Begründung auf. Eine Kritik an Religion ist eine Kritik am Verlegen von Bedürfnissen von Menschen auf das Jenseits. Feuerbachs Thesen machten auf gewisse Weise ein sich-politisch-Organisieren erst denkbar - und alles linkes Selbstverständnis was darauf folgte. Somit liegt in dem Verteidigen des Rechts auf freie Ausübung der Religion auch ein Zurückweisen von rassistischer Argumentation, die sich in der vermeintlichen „Islamkritik“ ihren Ausdruck findet. Denn Religionsfreiheit bedeutet zweierlei: Freie Religionsausübung und Freiheit von der Religion. Und auch das kämpfen für eine gerechtere Gesellschaft bedeutet ein Kampf darum, dass alle ein Recht auf Dummheit haben.

Auf der Veranstaltung stellten verschiedene ReferentInnen in kurz gehaltenen Input-Referaten ihre Themen und Thesen vor, die dann anschließend diskutiert worden sind. Darunter ein Rückblick auf die Proteste gegen den Moscheebau in Leipzig, einen Abriss zur Rolle christlicher Träger in Bildungseinrichtungen, sowie Einführungen über Laizismus-Modelle verschiedener Staaten, christlichen Antifeminismus, das Wirken der Kirchen im Ehtikrat, die christliche Soziallehre und Religionskritik im Spannungsfeld zwischen Rassismus und Kulturalismus sowie der Religionskritik bei Marx und bei MarxistInnen.

Jugendparlament Leipzig läuft an

Alexander Krumbolz

Im Sommer 2014 beschloss der Stadtrat, den Jugendlichen von Leipzig ein Jugendparlament (JuPa) zu geben. Nach mehr als fünf Jahren Engagement der Initiativgruppe JuPa Leipzig, kam es zu diesem erfolgreichen Ende!

Von nun an bekommen alle 14-22 Jährigen, unserer Stadt ihre eigene politische Vertretung. Denn vom 23.3.-29.3.15 dürfen eben diese, bei einer Onlinewahl ihre Stimmen abgeben und damit 20 Vertreter ins JuPa wählen. Diese erarbeiten Vorlagen die sie später im Stadtrat einbringen und zur Abstimmung stellen. Der Aufgabenbereich des JuPa umfasst ausschließlich die Lobbyarbeit für kommunale Themen, die besonders im Zusammenhang mit jugendlichen Interessen stehen.

Bei dieser Wahl bewerbe ich mich als Kandidat bei dieser erstmaligen Chance. Ich stehe auf Listenplatz 9, von 31. Ein aussichtsreicher Platz, auch wenn mir die Wahl sicherlich nur gelingen kann, wenn wir auch eine ansprechende Kampagne machen. Zur Vorbereitung bestellen wir 1000 Flyer und 15 Plakate, drehen einen Spot, erstellen eine Website und ich beteilige mich an öffentlichen Befragungen der Kandidaten. Anregungen für einen jugendlichen Wahlkampf, nehme ich gerne entgegen und freue mich über jeden Unterstützer.

Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

Richard Cybik Zum Gedenken an die 70 Jährigen Befreiung des KZ Auschwitz haben wir, die Linksjugend Leipzig, auf dem Augustusplatz Namen der Opfer des Nationalsozialismus, die einen Leipziger Hintergrund haben, verlesen. Leider haben wir es zu diesem Zeitpunkt nicht geschafft, die Namen der über 7500 Opfer aufzunehmen und wiederzugeben. Aufgrund der guten Resonanz haben wir uns jedoch im Anschluss dazu entschieden, das Projekt fortzuführen. Dazu werden wir in der nächsten Zeit all diese Namen in den Aufnahmestudios von Radio Blau einlesen. Am Ende soll eine Tondatei entstehen, die so auch später noch genutzt werden kann. Willst auch du beim Einlesen der Namen mithelfen, dann melde dich bei uns.

Ein Angriff auf die Mächtigen statt ein Angriff auf die Schwachen?

Andreas Willnow Diskussionsbeitrag zum Umgang mit PEGIDA & Co. und einer möglichen Strategie von links. Der Beitrag von V. Külow et al. kann hier online nachgelesen werden: <http://gleft.de/OC>

Der Text von V. Külow, E. Lieberam und D. Pellmann, „In die Offensive kommen“, in der jW vom 30.1. 15 (1) verdient eine ausführliche Erörterung. Alle drei Autoren weisen zunächst darauf hin, dass DIE LINKE die antiaufklärerische Aggression von Pegida zurückweisen müsse. Dies tun sie völlig zurecht, denn die Pegida-Bewegungen, die den Gestus des Empörten bemühen, schüren Ängste, die sich undifferenziert gegen Flüchtlinge, Zuwanderer und den Islam richten.

Diese zutage kommenden Ängste und Ressentiments, der Aufstieg der AfD und der Rechtsrutsch der Gesellschaft kommen für jene nicht überraschend, die die Heitmeyer-Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (2), die obrigkeitstaatliche Abwiegung entsprechender Ressentiments durch die sächsische Staatsregierung und den Alltagsrassismus einer „Mitte“ der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen. Gestützt wird der Rechtsruck durch erlebte Abstiegserfahrungen und -ängste einer Mittelschicht und durch Demütigungserfahrungen von Erwerbslosen auf Jobcentern. In einer Zeit, wo die Mittelschicht zwischen „oben“ und „unten“ weiter zusammenschumpft und die Existenzängste zunehmen, wird durch Pegida „nach unten getreten, nicht nach oben“. (3)

Nur ist der gemeinsame, erlebbare Widerstand gegen Pegida nicht gering zu schätzen. In dieser Bewegung gegen Pegida werden viele Menschen erstmals (oder wieder) politisch sozialisiert. In gemeinsamen Aktionen finden sich Mitglieder aus SPD, LINKEN, Gewerkschaften, Grünen, Kirchen bis zu Amtsträgern der Verwaltungen wieder. Diese gemeinsam erlebbaren Aktionen gegen antiaufklärerische Vorurteile sollten nicht klein geredet werden, sondern können eine Basis für ein mögliches (zukünftiges) gemeinsames Agieren in anderen Fragen darstellen.

Nun sind die Pegida-Bewegungen gewiss nicht einheitlich. Unter ihren Teilnehmern finden sich Fußball-Hools, Rechtsextreme, Islam-Hasser, aber auch Rentner, die gegen die Kürzung ihrer Rente protestieren wollen, Menschen, die mit ihrer persönlichen

Situation unzufrieden sind, und solche, die gegen die GEZ sind. Dass sich darunter auch frühere Wähler der LINKEN befinden mögen, legen sowohl Studien zu Wanderungsbewegungen zwischen LINKEN- und AfD-Wählern in Brandenburg nahe als auch der Befund, wonach 26 % der LINKEN-Wähler Bereitschaft zeigen würden, an solchen Demonstrationen teilzunehmen. (4)

Sollte der Ratschlag an die LINKEN-Verantwortlichen darin bestehen, den Protest-Gedanken wieder stärker aufzunehmen und mit (außerparlamentarischen) Aktionen gegen Prekarisierung und Rentenkürzungen zu verbinden, so ist dies zu unterstützen. Allerdings übersehen die Autoren, dass nicht jeder Protest und Unzufriedenheit nach links, sondern häufig nach rechts geht, wie auch nicht jeder Protestler automatisch ein „Guter“ ist. Die LINKE sollte sich auch um sozial Unzufriedene bemühen; dennoch ist mancher in seinem Konglomerat aus Sozialprotest und Hass auf Flüchtlinge und noch Schwächere nicht (mehr) erreichbar. Nur weil jemand „gegen den Staat“ ist, wird er nicht zum besseren Menschen, ist er nicht ein potenzieller LINKER oder Bündnispartner, sondern gegen die meisten Pegida-Protestierer müssen wir als LINKE den Staat, an dem wir in Thüringen oder Leipzig selbst beteiligt sind, verteidigen!

Zum Zweiten übersehen die Autoren, dass es sich bei den Protestierenden vielfach um Angehörige des Kleinbürgertums, früheren Anhängern auch der CDU, der FDP (und der LINKEN) handelt. Hier helfen nicht immer grobe Sprüche, sondern auch das Aufgreifen von Problemen des Mittelstandes, von Gebühren, Steuern, Zwangsabgaben), von Problemen der Existenzgründung, der Kreditvergabe und des Mangels an Aufträgen.

Aufklärung gegen Rassismus und Rechtspopulismus ist erforderlich, klar. In die Suche nach einem sozial-ökologischen Alternativentwurf sind die Menschen fernab der Parteien und ihr Protest einzubeziehen, wie das Volk allgemein, und es ist auch die Macht von einflussreichen Netzwerken einzudämmen. Nur: Gegen einen



Bild: strassenfische.net | CC BY-NC 2.0

dumpfen Populismus von rechts hilft auch (allein) kein grobschlächtiger Populismus von links, der anstatt „ihnen ihre Ängste auszureden“, anstelle muslimischer Flüchtlinge z.B. amerikanische Geschäftsleute (?) als „die Schuldigen“ benennt. Neue Vereinfachungen ersetzen keine aufklärerische Politik, sondern stehen in der Gefahr, anderen, rechten Vereinfachern den Boden zu bereiten. Denn es gilt (nach dem AT, Hosea, Kap. 8, Vers 7): „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“

Notwendig ist stattdessen eine bunte linke Bewegung, die durch Handeln in Verwaltung und Opposition alternative Vorschläge, eine andere Kultur und Protest ausdrückt, deren Bündnispartner von den Gewerkschaften, der Flüchtlingsbewegung bis hin zu den Kirchen reicht, entsprechende Bündnispartner sucht und auch findet. (Nebenbei braucht eine handlungsfähige Partei zumindest auch den Dialog mit der Wirtschaft.) Eine Bewegung, die nicht vom unzutreffenden Dogma eines neoliberalen „Einparteiensystems“ oder -kartells (Külow u.a.) ausgeht, sondern bei aller Unterschiedlichkeit nach Bündnispartnern für alternative Wege sucht. Und die mit ihrer Politik in und außerhalb der Parlamente in Gestaltung, Protest, Verwaltung und Veränderung nicht darauf wartet, bis „die Arbeiterklasse sich zu einer wirkungsvollen Alternative gegen die monopolkapitalistische Herrschaft entwickelt.“

(1) V. Külow; E. Lieberam; D. Pellmann: In die Offensive kommen, jW vom 30.01.15, gleft.de/OC

(2) W. Heitmeyer: Deutsche Zustände. Das unsichere Jahrzehnt, Universität Bielefeld, gleft.de/OD

(3) K. Kipping: Fehler der Konservativen, gleft.de/OE

(4) stern.de: Stern-Umfrage. 13 Prozent der Deutschen würden für Pegida demonstrieren, gleft.de/OF

Neues Projekt der AG Soziale Politik

Odette Gleiniger Ein neues Beratungsangebot im Liebknecht-Haus steht in den Startlöchern

DIE LINKE zeichnete sich insbesondere im ersten Jahrzehnt nach der Wende dadurch aus, dass sie ein relativ breites Spektrum an Sozialberatung und unmittelbarer Hilfe anbieten konnte. Damals erwarben wir uns bei vielen den Status einer Partei, die sich für die Bürger bemüht und einsetzt.

Die AG soziale Politik hält es für dringend erforderlich dort wieder anzusetzen, um die Rechte der Bürger, die besonders von der derzeitigen Politik stark benachteiligt werden, einzufordern.

Aus diesem Grund sind wir gerade dabei eine weitere Sozialberatung ins Leben zu rufen. Dietmar Pellmann und Steffen Soult werden im April mit den Sitzungen beginnen. Diese finden dann jeden Dienstag von 16.00 – 18.00 Uhr im Karl Liebkecht Haus in der Braustraße 15 statt. Zur Unterstützung ist jeweils ein Beisitzer mit anwesend. Wird eine qualifizierte Rechtsberatung notwendig, haben wir die Zusage von

Alexej Danckwardt, diese Bürger zeitnah in seine Anwaltskanzlei zu übernehmen. Die Terminvergabe für die Beratungen erfolgt über die Geschäftsstelle.

Um dieses Projekt längerfristig anbieten zu können, sind wir noch auf der Suche nach interessierten Genossinnen und Genossen die uns dabei unterstützen.

Da die Themen der Beratungen heute komplizierter geworden sind, wird die AG bei ihren Sitzungen in diesem Zusammenhang regelmäßige Schulungen aus den eigenen Reihen anbieten, in denen die Bereiche der Sozialpolitik genauer beleuchtet werden und eine komplexe Sichtweise möglich machen. Diese erstrecken sich über die Rentenversicherung, die Kranken- und Pflegeversicherung, Hartz IV und die Sozialhilfe, sowie der Schwerbehindertenpolitik.

Die AG soziale Politik würde sich über eine rege Beteiligung und intensive Unterstützung freuen.

DIE LINKE vor Ort

von Redaktion MiB

Hier finden sich Sprechstundentermine von DIE LINKE. Leipzig im März und im April sowie wiederkehrende, regelmäßige Termine.

- 23. März 2015 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde in Grünau mit Stadtrat Sören Pellmann
- 26. März 2015 15:00 bis 17:00 Uhr, Jugend- und Altenhilfeverein, Goldsternstraße 9, Bürgersprechstunde in Paunsdorf mit Stadträtin Carola Lange
- 17. April 2015 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde in Grünau mit Stadtrat Sören Pellmann
- jeden Mittwoch 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Straße 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Donnerstag 15:00 bis 17:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann

Wir schreiben (unsere) Geschichte

Sprecherrat AG Senioren Ein Berliner Verlag ist auf der Suche nach biographischen Berichten über die Arbeit in Industriebetrieben der ehemaligen DDR

Rohnstock Biographien Berlin erkundet, sammelt und publiziert Erfahrungen der DDR-Wirtschaft. Denn diese Erfahrungen sind von denjenigen, die sie miterlebten und maßgeblich mitgestalteten, noch nicht erzählt. 2012 startete Rohnstock Biographien und die gemeinnützig anerkannte Organisation „Lebenserinnerungen – Verein zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biographischen Erzählens e. V.“ ein Projekt mit der DDR-Wirtschaftselite. Es entstand das Buch „Die Kombinatdirektoren – Jetzt reden wir“, in dem auch Dr. Lothar Poppe, Kombinatdirektor WEB Gisag Leipzig, zu Wort kommt.

Die Mitglieder der AG Senioren – alle mit umfangreichen Erfahrungen und wertvollen Erkenntnissen aus der DDR-Wirtschaft – luden im Januar 2015 Frau Katrin Rohnstock und den Generaldirektor Außenhandelsbetrieb Industrieanlagen-Import, Herrn Herbert Roloff, zur Buchlesung ein und viele kamen. Ein äußerst interes-



Bild: Bundesarchiv, Bild 183-U0705-0309 | Zimmermann, Peter | CC-BY-SA

santer Vormittag mit Bestätigung der eigenen Biographie, neuen Erkenntnissen und freundlichem Erinnern.

Rohnstock Biographien initiiert ein neues Projekt: „Von 1945 bis heute: Die Industriegeschichte der Stadt Leipzig aus der Perspektive der Menschen, die sie erlebt und mitgetragen haben.“

Die Projektidee beinhaltet:

- Erster Schritt: Bürgerinnen und Bürger, die in Industriebetrieben gearbeitet haben, werden in Erzählalons eingeladen, die an verschiedenen Orten der Stadt Leipzig stattfinden. Dort erzählen sie von ihrer Arbeit.
- Zweiter Schritt: Aus dem erzählten Stoff wird ein Buchkonzept entwickelt. Die interessantesten Geschichten werden ausgewählt und aufgeschrieben, ihre Hintergründe recherchiert.
- Dritter Schritt: Ist das Buch fertig, werden mit den Erzählern Buchpremierer, Lesungen und Debatten veranstaltet.

Unser Aufruf:

Macht mit und erklärt Eure „Erzählbereitschaft“ beim Stadtvorstand Leipzig der Partei DIE LINKE namentlich, einschließlich Eures früheren Betriebes. Herzlichen Dank im Namen des Unternehmens Rohnstock Biographien Berlin.

Zugewinne in der Großstadt

Tilman Loos Nach 4 Jahren Flaute im Westen konnte DIE LINKE erstmals wieder im bei Wahlen in den alten Bundesländern zulegen

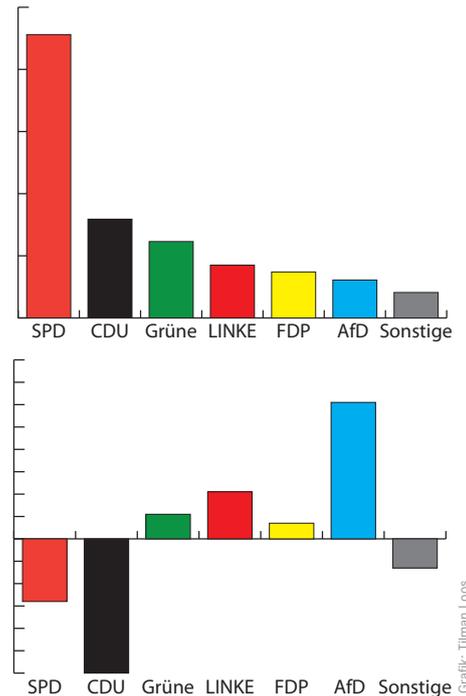
Hamburg hat eine neue Bürgerschaft gewählt. Die SPD und Olaf Scholz sind in Zukunft auf die Grünen als Koalitionspartner angewiesen. Für DIE LINKE ist das eigene Ergebnis (8,5%) höchst erfreulich. Das erste mal seit März 2011 konnte die Partei in einem westdeutschen Bundesland ihren Stimmenanteil steigern, der bei 8 westdeutschen Landtagswahlen zuvor beständig gesunken ist. Grund zur Freude haben allerdings auch AfD und FDP. Während erstere mit 6,1% der gültigen Stimmen die 5%-Hürde klar überspringt und damit den ersten Wahlerfolg in einem westdeutschen Parlament verbuchen kann, schafft es die FDP mit einem weitgehend inhaltsleeren aber dafür auffälligen und professionellen Wahlkampf, den steilen Abstieg in die Bedeutungslosigkeit zumindest zu unterbrechen und mit einem Zugewinn von 0,7 Prozentpunkten (Ergebnis 2015: 7,4%) die Erwartungen sogar noch zu übertreffen. Verliererinnen dieser Wahl sind die beiden „Volksparteien“ CDU und SPD. Erstere verliert 6 Prozentpunkte und rutscht mit 15,9% auf ein historisches Tief, während Letztere zwar mit 45,7% zwar uneinholbar stark vorn liegt, jedoch auch knapp drei Prozentpunkte (-2,8%) abgeben muss.

Die Wahlbeteiligung ist leicht gesunken (2015: 56,9%, -0,4%), kann aber vor allem auf die erstmalige Möglichkeit der Teilnahme der 16- und 17-Jährigen zurückgeführt werden, da die Wahlbeteiligung mit sinkendem Alter auch tendenziell niedriger ausfällt. Interessant ist, dass mit 30,9% zwar fast ein Drittel der Wahlberechtigten von der Briefwahl Gebrauch machte, dieser Anteil gegenüber 2011 jedoch fast unverändert geblieben ist. (2) Von Interesse dürfte auch das Hamburger Wahlrecht sein, bei dem die Wahlberechtigten insgesamt 10 Stimmen vergeben können. Davon sind 5 gewissermaßen „Erststimmen“ für Wahlkreis kandidatInnen und 5 sind „Zweitstimmen“ für die jeweiligen Listen der Parteien. Diese Listenstimmen können jedoch nicht nur für die jeweilige Gesamtliste der Parteien vergeben werden, sondern auch auf einzelne KandidatInnen derselben oder unterschiedlicher Parteilisten. Dies führt dazu, dass der jeweils „parteiinterne“ Konkurrenzkampf mit der Aufstellung der Lan-

deslisten nicht abgeschlossen ist, sondern erst am Tag der eigentlichen Wahl sein Ende findet. Eine weitere Besonderheit der hanseatischen Wahlkämpfe ist übrigens, dass Wahlplakate nicht aufgehangen werden dürfen, sondern auf dem Boden stehen müssen – was zu bei den Parteien zu hohen Schäden durch Vandalismus führt.

DIE LINKE konnte in Hamburg auch in absoluten Stimmen um etwa 78.000 Stimmen zulegen. Diese verdankt sie im Saldo vor allem ehemaligen Wähler*innen der Grünen und der SPD, aber auch 3.000 NichtwählerInnen aus 2011 haben diesmal für DIE LINKE gestimmt. (3) In den Altersgruppen konnte die Partei – wie übrigens auch bei der Landtagswahl in Sachsen – vor allem bei den Jüngeren zulegen. Für DIE LINKE in Hamburg ist besonders günstig, dass die SPD (und auch ihre Jugendorganisation) sich weiter rechts als andere Landesverbände positioniert. Dort wird es für DIE LINKE einfacher, die entsprechende „Lücke“ in der Parteienlandschaft zu schließen. Thematisch hat sich DIE LINKE auch schon vor den Wahlen neben klassisch sozialen Themen auch stark mit modernen Großstadthemen wie Wohnungspolitik und Gentrifizierung, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie dem Angriff auf Grund- und Freiheitsrechte auseinandergesetzt. (1) Während im Osten einige WählerInnen der LINKEN selbst Ressentiments bspw. gegenüber Geflüchteten haben, scheinen diese WählerInnen in Hamburg der LINKEN nicht zugeneigt. Dies sich unter anderem daran, dass nur 7% der LINKE-AnhängerInnen in Hamburg der Aussage „Hamburg hat zu wenig Flüchtlinge“ zustimmen – der niedrigste Wert unter den AnhängerInnen der verschiedenen Parteien.

Das Wahlergebnis in Hamburg ist auch geprägt von großen Unterschieden der Ergebnisse in den einzelnen Stadtteilen und Bezirken. Während DIE LINKE in den eher wohlhabenden Vororten Hamburgs, die allesamt eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen, recht schlecht abschneidet, wird sie in mehreren zentrumsnahen Stadtteilen sogar deutlich stärkste Partei. In den bundesweit bekannten Kiezen St. Pauli und dem Stadtteil Sternschanze gewinnt die DIE LINKE beispielsweise 28,9% (St. Pau-



li) bzw. 29,1% (Sternschanze), während die CDU mit 4,1% bzw. 2,9% (!) zur Kleinstpartei schrumpft. Das Statistische Landesamt im Norden hält fest, dass bei der LINKEN „der Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur der Stadtteile und dem Wahlergebnis“ besonders „ausgeprägt ist“. (2) Einen Grund für die Stärke der LINKEN in den Stadtteilen o.g. Art beschreiben Meinhard Meuche-Mäker und Cornelia Hildebrandt in einer ersten Auswertung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung (1) wie folgt: „Die LINKE konnte bei diesen Wahlen offenbar linkslibertär geprägte Milieus erreichen, die sich zu einem Teil in prekären Arbeits- und Lebenssituationen befinden und bei früheren Wahlen noch die Grünen oder nicht gewählt haben. D.h. der LINKEN ist es in stärkerem Maße als bisher gelungen, junge, moderne urbane Milieus anzusprechen.“ Ein gutes Zeichen für die im Mai anstehenden Wahlen in Bremen. Schlecht hingegen, dass die Spitzenkandidatin und bisherige Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn nun die Fraktion (nicht jedoch die Partei) verlassen hat. Während die einen von einem „Unfall“ bei der Wahl des Fraktionsvorstandes reden, sprechen andere von einer Demontage. Ein verhagelter Start für die neue Fraktion.

(1) Meinhard Meuche-Mäker; Cornelia Hildebrandt: Die Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015
 (2) Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Schlaglichter. Wahlanalyse zur Bürgerschaftswahl 2015
 (3) Dr. Viola Neu: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis

aktuelle Termine

»Mein Jahr 1945«

Vorstand der Basisgruppe Messemagistrale

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus führen wir einen Bildungsabend durch. Genosse Dr. Kurt Meyer wird aus seiner Anthologie „Mein Jahr 1945 – Kriegserlebnisse im Werratal“ lesen. Anschließend wollen wir in das Gespräch kommen. Wir laden alle Interessenten recht herzlich ein.

Mi. 14.04., 18:00 Uhr
Stadtteilzentrum Messemagistrale,
Str. des 18. Oktober 10a

»Abendland & Tellerrand«

- neuer Termin!

linXXnet Seit Oktober 2014 schickt sich eine neu aufgetauchte Bewegung an, das politische Klima in der Bundesrepublik weiter nach rechts zu verschieben. Pegida und seine lokalen Ableger sind deutlich nationalistisch orientiert und bedienen sich dabei der Agitation gegen Asylsuchende und Muslim*innen. Auch wenn die „Ängste und Sorgen“ einzelner *gida-Anhänger*innen diffus erscheinen, fungiert die Abgrenzung von „Fremden“, von der „Lügenpresse“ oder „denen da oben“ als einende Klammer. Mit den *gida-Bewegungen tritt das chauvinistische und ausgrenzungsorientierte Denken auf die Straße und in den politischen Raum, dessen Existenz schon lange in zahlreichen sozialwissenschaftlichen Studien nachgewiesen wurde.

Wie lassen sich Entstehung und Erstarken der *gida-Bewegungen erklären? Wie verändern sich das politische Klima und die Politik dadurch? Vor welche Herausforderungen stellt diese „konformistische Revolte“ uns als linke Akteur*innen?

Die Diskussion zu PEGIDA & Co. musste wegen Krankheit eines Referenten neu terminiert werden. Die Diskussion mit Horst Kahrs (Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung) & Dr. Robert Feustel (Politikwissenschaftler) findet nun am 31. März statt. Die Moderation übernimmt Juliane Nagel.

Di. 31.03., 19:00 Uhr
Werk II Halle D, Connewitz Kreuz

Drohneinsatz – Auftakt zum Roboterkrieg der Zukunft

Mit Norbert Schepers, Politikwissenschaftler, Politik- und Organisationsberater, Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen.

Di. 17. März, 18:00 Uhr
RLS Sachsen, Harkortstraße 10

Wirksamkeit und Einfluss der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft

Vorbereitungsveranstaltung von DIE LINKE. Sachsen zum Zukunftskongress des Bundesverbandes. Als Hauptreferent und Gesprächspartner spricht Prof. Dr. Uwe Hirschfeld (Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden). Dazu gibt es Workshops und Debatten.

Sa. 21. März, 10:00 Uhr
Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, Dresden

TTIP-Aktionstag & Demo in Leipzig

Internationaler Aktionstag gegen die Freihandelsabkommen TTIP & CETA und geplanter Demonstration/Kundgebung in Leipzig.

Sa. 18. April, 14:00
Markt Leipzig

In eigener Sache

Redaktion Wir bitten darum, den Redaktionsschluss künftig tatsächlich zu beachten. Alle Artikel, die nach Redaktionsschluss eingehen, werden grundsätzlich nachrangig behandelt und gelangen im Zweifelsfall nicht mehr ins Heft.

In begründeten Fällen können Artikel vor Redaktionsschluss angekündigt werden und nach Rücksprache mit leichter Verzögerung nachgeliefert werden. Die Artikel sind im Dateiformat *.doc, *.rtf oder *.docx abzugeben. Bilder sind erwünscht, jedoch muss die Quelle zwingend mit angegeben werden.

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22 / BLZ: 860 555 92
Druck: Saxoprint

regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Dachboden
Liebknechthaus, Braustr. 15, 04107 Leipzig

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro
Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknechthaus

AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Liebknechthaus

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr, Liebknechthaus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknechthaus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,
Haferkornstraße 15

Lisa - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort
auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknechthaus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknechthaus

Linksjugend Leipzig - Plenum

1. & 3. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet,
Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig

Literaturkabinett im Liebknecht-Haus

letzter Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknechthaus

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknechthaus

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknechthaus

DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr,
Geisteswissenschaftliches Zentrum,
Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr, Liebknechthaus

Redaktion: Steffi Deutschmann, Dr. Christina Mertha,
Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Nadja Guld, Stephan Sander,
Tilman Loos, Sören Pellmann

Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für Nr. 4/2015 ist **Montag, 06.04., 14:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.